

Bezirksamt Pankow von Berlin
Abteilung Jugend und Facility Management
Bezirksstadträtin

Berlin, .03.2012

Herrn Bezirksverordneten Roland Schröder
Fraktion der SPD

über

die Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

über

den Bezirksbürgermeister

Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. KA-0075/VII vom 21.02.2012

über

Mögliche Aufgabe von Angeboten der öffentlichen Verwaltung in der Fröbelstraße und transparente Beteiligungs- und Entscheidungsprozesse!

Das Bezirksamt wird um folgende Auskunft gebeten:

Bei den Planungen für die Entwicklung eines größeren, nahezu unbebauten Geländes am Bf. Pankow haben sich die BVV Pankow und das Bezirksamt für eine umfangreiche Beteiligung der Bevölkerung in einem transparenten und ergebnisoffenen Prozess ausgesprochen. Sicherlich ist das Bezirksamt mit mir der Auffassung, dass ein weitreichender Einschnitt wie die mögliche vollständige Aufgabe der Fröbelstraße als Standort der öffentlichen Daseinsvorsorge/Verwaltung nur mit umfassender Information und Beteiligung der Bevölkerung und der verschiedenen Interessenvertretungen erfolgen kann. Vor dem Hintergrund frage ich das Bezirksamt:

Für die Beantwortung der nachstehenden Fragen ist es erforderlich einige grundlegende Informationen zu geben. Das Bezirksamt Pankow hat sich in seiner Sitzung am 29.11.2011 darauf verständigt, ein Steuerungsgremium unter der Federführung der Bezirksstadträtin für Jugend und Facility Management, Frau Keil, zu bilden, dem neben der SE Facility Management, auch der Geschäftsbereich Finanzen, Personal und Wirtschaft, die Serviceeinheit Fin/StD und der Geschäftsbereich Stadtentwicklung angehören.

Die Fragen können gegenwärtig nicht alle abschließend beantwortet werden, deshalb kann hier nur eine teilweise bzw. zusammenfassende Beantwortung auf der Basis des zurzeit vorliegenden Arbeitsstandes des genannten Steuerungsgremiums erfolgen.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die detaillierte Berichterstattung (1. Zwischenbericht) in Erledigung der Drucksache der BVV VII-0051/2011 „Umzugsplanung fortschreiben und Gebäudekosten verringern“ vom 15.02.2011 zu verweisen. In Vorbereitung der Wertung und Prüfung der durch die BVV empfohlenen Handlungsszenarien wurden an die SE Facility Management entsprechende Aufträge erteilt, welche sich gegenwärtig in der Prüfung befinden.

1. *Wurden die Bürgerinnen und Bürger über die mögliche Aufgabe der Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge am Standort Fröbelstraße informiert? Wenn ja, wann, durch wen und in welcher Form? Wenn nein, warum nicht und wann wird das in welcher Form nachgeholt?*
2. *Welche Erkenntnisse liegen dem Bezirksamt über die Akzeptanz der Schließung weiter Teile oder der ganzen Fröbelstraße vor? Woher stammen diese Erkenntnisse?*

Zu 1 und 2.:

Da sich das Bezirksamt bzw. das Steuerungsgremium in der Anfangsphase der Prüfung befindet und es sich hierbei um einen äußerst komplexen und explizit verwaltungsinternen Prüfauftrag handelt, gab und gibt es bisher keinen Anlass, in diesem Stadium eine öffentliche Diskussion zu führen. Aus diesem Grund wurden bislang keine gezielten Informationen an die Bürgerinnen und Bürger gegeben. Die Drucksachen der BVV, auch die Berichterstattung zur Umzugsplanung, sind öffentlich.

Es liegen noch keine Erkenntnisse und Reaktionen seitens der Bürgerinnen und Bürger vor.

3. *In welcher Form sollen Bürgerinnen und Bürger sowie Interessenvertreter am weiteren Prozess zur Standortfrage der öffentlichen Verwaltung beteiligt werden?*

Zu 3.:

Momentan kann hierzu noch keine Auskunft gegeben werden (siehe auch Begründung unter 1. und 2.). Zeitpunkt und Form der Öffentlichkeitsarbeit sind noch nicht festgelegt und hängen auch vom Ergebnis der Prüfung ab.

4. *Wurden die bezirklichen Beauftragten (z. B. für Behinderte, Gleichstellung, Integration) über die mögliche Aufgabe der Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge am Standort Fröbelstraße informiert? Wenn ja, wann, durch wen und in welcher Form? Wenn nein, warum nicht und wann wird das nachgeholt?*
5. *Wie werden diese Beauftragten in den weiteren Prozess eingebunden?*
6. *Wurden die bezirklichen Beiräte (z. B. Behindertenbeirat, Frauenbeirat, Integrationsbeirat) und die Seniorenvertretung über mögliche Aufgabe der Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge am Standort Fröbelstraße informiert? Wenn ja, wann, durch wen und in welcher Form? Wenn nein, warum nicht und wann wird das nachgeholt?*
7. *Wie werden diese und weitere Beiräte sowie Interessenvertretungen in den weiteren Prozess eingebunden?*

Zu 4. und 7.:

Nein. Eine detaillierte Information und eine Einbindung der o. g. Beauftragten in den Prozess kann erst dann erfolgen, wenn ein Ergebnis vorgelegt werden kann und die daraus resultierenden bzw. erforderlichen Verfahrensschritte zu organisieren sind.

8. *Wie erfolgte bisher die Information der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihren Arbeitsplatz in der Fröbelstraße haben, zur möglichen Verlagerung ihrer Arbeitsplätze? Welche Erkenntnisse liegen dem Bezirksamt über die Akzeptanz derartiger Maßnahmen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor?*
9. *In welcher Form wurden Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaften (schriftlich) informiert? Wenn ja, wann, in welcher Form, mit welchem konkreten Inhalt und wie war deren Reaktion? Wenn nein, warum nicht?*

Zu 8. und 9:

Eine Information der Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter, Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaften hat nicht stattgefunden, da es hierzu bisher keine Veranlassung gab bzw. gibt (analog zu 1. und 2.). Derzeit gilt noch die beschlossene Umzugsplanung. Erkenntnisse über die Akzeptanz derartiger Maßnahmen liegen somit nicht vor bzw. sind nicht bekannt. Vereinzelt kam es zu Nachfragen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

10. *Wie wird das Bezirksamt im weiteren Prozess der Haushaltsaufstellung 2012/2013 und der Festlegung von Standortfragen darauf Einfluss nehmen, dass die unterschiedlichen Interessen aus den Bereichen Bildung, Jugend, Kultur, Soziales und öffentliche Verwaltung, etc. nicht gegeneinander ausgespielt werden und dementsprechend auf einen Interessensausgleich hinwirken?*

Zu 10.:

Diese Frage kann gegenwärtig nicht beantwortet werden. Auch hierzu ist das Prüfergebnis abzuwarten, Interessenkonflikte sind jedoch nicht auszuschließen.

Christine Keil